

Besonders deutlich übte der sozialistische Energieminister Paul Magette Kritik an der deutschen Position: Damit werde die europäische Energiesicherheit gefährdet. Der christdemokratische Präsident Flanderns,

Kris Peeters, sowie Politiker anderer Parteienfamilien befürchten infolgedessen nun eine Steigerung der Elektrizitätspreise in Belgien.

FRANKREICH

Mathilde Durand, Katharina Wolf | KAS-Auslandsbüro, Paris

KEIN ATOMAUSSTIEG

Im Gegensatz zu Deutschland wies Sarkozy die Frage nach einem Atomausstieg konsequent zurück: Für den französischen Staatschef stellen die Ereignisse in Japan nicht die Energiestrategie Frankreichs, die im Wesentlichen auf der Atomenergie beruht, in Frage. Der französische Atompark sei sicher, weshalb man auch die Ausschreibungen aufgrund der höheren Preise in den Emiraten verloren habe, erklärte der Präsident am 14. März vor der Führung seiner Partei. Deshalb bestehe nicht die Option eines Atomausstiegs, er wolle die Energieunabhängigkeit Frankreichs ebenso wie die Politik der erneuerbaren Energien und die Reduzierung des Energiekonsums beibehalten. Umweltministerin Kosciusko-Morizet fügte ihrerseits hinzu: „Man kann nicht den Elektrizitätsbedarf eines ganzen Landes allein durch Erneuerbare Energien decken.“ Premierminister François Fillon schlägt eine Überprüfung der Sicherheit des mit 58 Kernkraftwerken zweitgrößten Atomparks der Welt vor. „Es ist genauso absurd die Atomenergie nach dem Unfall jetzt zu verdammen wie so zu tun, als betreffe er uns nicht“, so Fillon. Hierzu soll eine Expertenrunde im April die notwendigen Kriterien aufstellen.

EINE LANGJÄHRIGE KONSENSFRAGE, DIE JEDOCH IN FRAGE GESTELLT WIRD

Haushaltsminister François Baroin erinnerte daran, dass die Atomenergie eine von allen Regierungen seit vierzig Jahren geteilte Entscheidung darstelle.² Die *Parti Socialiste* (PS) teilte jedoch in einem Communiqué mit³, dass die Atomkraft an einige Bedingungen gebunden sei: Transparenz, Sicherheit, öffentliche Kontrolle und Überprüfung. Über den Energie-Mix solle nachgedacht werden, um den Anteil der Atomkraft zu reduzieren und den der Erneuerbaren Energien zu erhöhen. Die Debatte sei aber auch innerhalb der *Parti Socialiste* strittig, wie Aurélie Filippetti, Generalsekre-

tärin der PS zuständig für Energie, erklärte, indem sie die „veraltete Vision“ der Partei hinsichtlich der Atomkraft kritisierte und eine „Doktrinänderung“ befürwortete.⁴

DIE KERNENERGIE IN DER WAHLKAMPAGNE 2012

Die möglichen Kandidaten zur Präsidentenwahl 2012 vertreten verschiedene Meinungen bezüglich der Kernenergie.⁵ Dominique Strauss-Kahn (PS) befürwortet traditionell die Kernenergie, ebenso wie die *Parti Communiste Français* (PCF) und Marine Le Pen (*Front National*). Andere wie Martine Aubry (Generalsekretärin der *Parti Socialiste*), Nicolas Hulot (ökologische Positionen) und François Bayrou (Modem) wünschen eine Debatte, ebenso fordert Dominique de Villepin (ehemaliger UMP-Premierminister) eine umfassende öffentliche Debatte „Grenelle de l'énergie“ wünscht. Jean-Luc Mélançon (*Parti de gauche*) und Eva Joly (Ökologische Partei) kämpfen gegen die Kernenergie. Die Energiefrage wird den Kern der Diskussionen zwischen der *Parti Socialiste* und der Ökologischen Partei in der Wahlkampagne 2012 bilden.⁶ Einzig die Ökologische Partei forderte die Organisation eines Referendums über den Ausstieg aus der Atomenergie.⁷ Zwar erkannte die Regierung am 16. März das Ausmaß der Katastrophe größer als das in Tschernobyl an, die Idee eines Referendums wies Sarkozy jedoch konsequent zurück.

DIE ROLLE DER BEHÖRDEN

Industrie- und Energieminister Éric Besson erklärte, dass Frankreich eines der wenigen Länder sei, in dem die Erlaubnis zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke von Fall zu Fall erfolge und die unabhängige Behörde für Nuklearsicherheit (ASN, *Autorité de Sûreté Nucléaire*) die Möglichkeit besitze, den Betrieb der Anlagen ruhen zu lassen.

Le Figaro erinnerte jedoch daran, dass die Beziehungen zwischen den Betreibern und der Behörde teils gespannt sind. EDF, Areva und CEA (*Commissariat à l'Énergie Atomique*) beklagten eine zu große Einmischung der Behörde.⁸

DIE AUSWIRKUNGEN FÜR DIE BETREIBER

Derweil erwog die Zeitung *Le Monde* die wirtschaftlichen Auswirkungen für Frankreich. Diese werden als schwerwiegend eingeschätzt, da sich die Zahl der Abnehmerländer für die Europäischen Druckwasserreaktoren vermindere, weshalb Frankreich versucht, die Sicherheit seiner Reaktoren der dritten Generation anzupreisen.⁹

Anne Lauvergeon, die Präsidentin des französischen Atomkonzerns Areva, verteidigt das Angebot des Unternehmens: die von Areva gebauten Kernkraftwerke seien teurer, weil sie sicherer und moderner seien. Nach dem Unfall in Japan sei „die Billig-Kernenergie keine Frage mehr“¹⁰, so Lauvergeon.

- 1] *Fillon, François*, so zitiert in: *De Royer, Solenn*: „*Fillon annonce le contrôle de tous les réacteurs en France.*“, *Le Figaro* vom 16.03.2011, S. 5.
- 2] O.N.: „*Les heures qui viennent seront essentielles*, in: http://abonnes.lemonde.fr/japon/article/2011/03/16/japon-les-heures-qui-viennent-seront-essentielles_1494241_1492975.html, 16.03.2011.
- 3] *Parti Socialiste*: „*Nucléaire: conséquences de la catastrophe au Japon*“, *Communiqué du bureau national* vom 16.03.2011: <http://www.parti-socialiste.fr/communiqués/consequences-de-la-catastrophe-au-japon>
- 4] *Dupont, Stéphane*, „*Cacophonie au PS sur la ligne à adopter*“, in: *Les Echos* vom 17.03.2011: <http://www.lesechos.fr/economie-politique/politique/actu/0201228201209-cacophonie-au-ps-sur-la-ligne-a-adopter.htm>
- 5] U.a. „*Nucléaire: ce que disent les autres présidentiables*“, *Les Echos* vom 16.03.2011: <http://www.lesechos.fr/economie-politique/politique/actu/0201228383267-nucleaire-ce-que-disent-les-autres-presidentiables.htm>
- 6] *Landrin, Sophie* und *Zappi, Sylvia*: „*La question énergétique au cœur du débat entre Verts et PS*“, in: *Le Monde* vom 15.03.2011: http://abonnes.lemonde.fr/a-la-une/article/2011/03/15/la-question-energetique-au-coeur-du-debat-entre-verts-et-ps_1493342_3208.htm
- 7] *Geisler, Rodolphe* und *De Ravinel, Sophie*: „*Nicolas Sarkozy défend la filière française, la gauche se divise.*“, in: *Le Figaro* vom 15.03.2011, S. 5.
- 8] *De Monicault, Frédéric* und *Nodé-Langlois, Fabrice*: „*Le nucléaire français prêt à tirer les leçons.*“, in: *Le Figaro* vom 17.03.2011, S. 6.
- 9] *Lepartementier, Arnaud*: „*L'Elysée veut vanter la sécurité de l'EPR pour sauver la filière nucléaire française.*“, in: *Le Monde* vom 14.03.2011.
- 10] „*Doute sur le nucléaire, Areva défend son modèle*“, *La Tribune.fr* vom 15.03.2011: <http://www.latribune.fr/entreprises-finance/industrie/energie-environnement/20110314trib000607808/doute-sur-le-nucleaire-areva-defend-son-modele.html>

GROSSBRITANNIEN

Claudia Crawford | KAS-Auslandsbüro, London

Seit Freitag, dem Unglückstag in Japan, wird in den britischen Medien ausführlich über die Katastrophe im Norden Japans, ausgelöst durch das Erdbeben und dem darauffolgenden Tsunami, berichtet. Der britische Premierminister reagierte noch am ersten Tag, dem 11. März 2011, und übermittelte dem japanischen Volk alle Sympathie und versicherte alle Hilfe, die Japan von Großbritannien bräuchte.

Großbritannien beteiligte sich an den Rettungsbemühungen bei der Suche nach Überlebenden, wobei am 17. März die Helfer zurückkehrten. Ab dem 16. März empfahl das Außenministerium britischen Staatsangehörigen, die sich in Tokio oder im Norden Japans aufhalten, das Land zu verlassen.

Zunehmend mit dem Ausmaß der Katastrophe am Kernkraftwerk in Fukushima lag der Fokus der Berichterstattung auf den Vorgängen in den Reaktoren. Ausführlich wurden die vermuteten Reaktionen in der Anlage beschrieben, allgemein über die Wirkungsweise der Kernkraftwerke aufgeklärt und die Bemühungen in Japan, die zur Kühlung der Reaktoren vorgenommen werden, erläutert.

Eine Debatte über die friedliche Nutzung von Kernenergie ist in Großbritannien trotz der Entwicklungen im Kernkraftwerk Fukushima kaum wahrzunehmen. Weder fanden Demonstrationen statt, noch entwickelt sich eine lebhaftige Debatte über das Für und Wider von Atomenergie.